

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 4

Artikel: ...und eine Anbauschlacht in der beruflichen Bildung

Autor: Brunner, Christiane

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355403>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

...und eine Anbauschlacht in der beruflichen Bildung

**Sind in den Bundeskas-
sen die Löcher grösser
als der Geldfluss, dann
streichen die Bürgerli-
chen die Budgets zu-
sammen. Wie hat ge-
werkschaftliche Bun-
despolitik darauf zu
reagieren, wo hat sie
Prioritäten zu setzen,
wo darf sie gar keine
Abstriche dulden?**

Doch vorerst zur Mutterschaftsversicherung. Sie steht als Auftrag des Bundes seit Jahrzehnten auf dem Verfassungs-Papier, harrt aber noch immer der Verwirklichung. Wenn Arbeitgeberkreise beteuern, mit dem heutigen Ausbaustand der Krankenversicherung(!) sei dem Verfassungsauftrag Genüge getan, so können die Frauen dies nur als blanken Hohn empfinden. Sie setzen ihre Hoffnungen heute nicht zuletzt auf Europa, wird doch in der EG gegenwärtig eine Richtlinie diskutiert, die den Mitgliedsländern die Einrichtung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs zwingend vorschreibt. Das dort vorgesehene Minimum an Leistungen und Leistungsduer wird zwar wahrscheinlich noch nicht ideal sein, aber – sollte die Schweiz diese Richtlinie später als Bestandteil der «acquis communautaire» übernehmen müssen – für unser Land einen beträchtlichen Fortschritt bedeuten.

Müssten wir die Mutterschaftsversicherung faute de mieux aufgrund des EWR-Vertrages einführen, so hiesse dies übrigens, dass sie die Wirtschaft nicht mehr belasten würde als parallele Einrichtungen diejenige anderer Länder. Natürlich

Dass die soziale Sicherheit nicht zum Nulltarif zu haben ist, ist eine banale Selbstverständlichkeit. In der Regel bedeutend höher sind allerdings die Kosten des mangelnden Sozialschutzes. Freilich sind es nicht die gleichen, die dafür bezahlen. Das könnte mit Leichtigkeit an jedem einzelnen Zweig der Sozialversicherung aufgezeigt werden. Wir beschränken uns hier jedoch auf zwei besondere Sparten des Sozialschutzes: auf die Mutterschaftsversicherung und auf die Arbeitslosenversicherung. Dass die Mutterschaftsversicherung die Frauen besonders berührt, bedarf keiner Begründung. Andererseits ist auch Arbeitslosigkeit kein Los, das nur die Männer trifft. Im Gegenteil: Gemessen an ihrem Anteil am Total der Berufstätigen ist die Zahl der arbeitslosen Frauen heute besonders hoch.

**Die Mutterschafts-
versicherung wird
immer ein ver-
gleichsweise gerin-
ger Kostenfaktor
bleiben.**

würden wir dafür kämpfen, dass sich die schweizerische Gesetzgebung nicht mit den von der EG zwingend vorgeschriebenen Minima (bezüglich Dauer und Lei-



*Von Christiane Brunner,
Nationalrätin,
Präsidentin des SMUV*

stung in Prozent des vorher bezogenen Lohnes) begnügt. Aber für sich allein betrachtet, wird die Mutterschaftsversicherung immer ein vergleichsweise geringer Kostenfaktor bleiben, wenn in diesem Zusammenhang der Ausdruck «Kostenfaktor» überhaupt angemessen wäre.

Die dafür erforderlichen Mittel sind ins Verhältnis zu setzen zu den sozialen Kosten, die das Fehlen einer Mutterschaftsversicherung und einer auch nur einigermassen genügenden betrieblichen oder überbetrieblichen Infrastruktur für berufstätige Eltern verursacht: Scheiden sie aus dem

**Was not tut,
ist eine Art
«Anbauschlacht»
auf dem Gebiet
der beruflichen
Qualifizierung.**

Erwerbsleben aus, geht nicht «nur» ihr Beitrag an das Sozialprodukt verloren, sondern auch weitgehend ihre berufliche Erfahrung und ihr damit erworbenes Können. Und auch ihre spätere Wiedereingliederung ist nicht kostenlos.

Zur Arbeitslosenversicherung ist vorerst festzuhalten: Wenn der Versicherungsfonds heute nach einer doch bisher eher kurzen Rezessionsperiode bereits leer ist, so ist dies die Folge einer kurzsichtigen Politik, für die nicht wir einzustehen haben. Die gesetzliche Plafonierung des Fonds und die damit erzwungenen Beitragsheraussetzungen sind mit dem Köhlerglauhen an die ewige Dauer der Hochkonjunktur halbwegs erklärbar. Den Unternehmern kam diese Politik wohl zupass, wenn die

Die Arbeitslosenversicherung ausbauen und eine Anbauschlacht in der beruflichen Bildung: unsere Antwort auf die Krise



Foto: Karl Zimmermann

damit erzielten Ersparnisse auch nirgends gross zu Buch schlugen. Man könnte darüber zur Tagesordnung schreiten, wäre nicht heute geplant, die unumgängliche

Die Kostenfrage stellen wir nicht nur dann, wenn es um unsere Anliegen geht.

Verlängerung der Leistungsdauer durch die Leistungsverminderung von 80 auf 70 Prozent des zuletzt verdienten Lohnes mindestens teilweise von den Arbeitslosen selbst bezahlen zu lassen. Dies würde viele Betroffene – vor allem Frauen – über den Rand der Armut hinausführen und kann keinesfalls akzeptiert werden.

Doch auch mit längerer Bezugsberechtigung selbst für ungekürzte Leistungen ist es bei weitem nicht getan. A propos: Der Ausdruck «ungekürzte Leistungen» ist für all jene ein Spott, die vorübergehend eine schlechter bezahlte Arbeit annehmen mussten, aus irgendwelchen Gründen wieder arbeitslos wurden, und nun mit Leistungen auskommen müssen, die weit weniger betragen, als die 80 Prozent ihres einstigen Lohns. Was not tut, ist eine Art «Anbauschlacht» auf dem Gebiet der beruflichen Qualifizierung, eine Offensive des vor allem, aber nicht ausschliesslich beruflichen Lernens, mit dem Ziel, dass arbeitslos gewordene oder auch «bloss» von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen nach Absolvierung entsprechender Kurse und Lehrgänge eine bessere Qualifikation anzubieten haben. Dies gilt selbstverständlich für Arbeitslose beider Geschlechter, ist aber für Frauen besonders dringend, ist ihr Anteil am unqualifizierten – oder auch nur als so eingestuften

– Personal doch weit überdurchschnittlich. Zweifellos sind hiefür beträchtliche Aufwendungen nötig, die allerdings nicht ausschliesslich zu Lasten der ALV fallen dürfen. Wir verwenden dabei bewusst den neutralen Ausdruck «Aufwendungen» und vermeiden damit das Wort «Kosten». Denn im Grunde genommen handelt es sich um nichts anderes als um Investitionen in das Humankapital. Davon ist in modernen Ökonomie-Lehrbüchern und in wirtschaftspolitischen Grundsatzreferaten immer wieder die Rede. Aber in der Praxis beschränkte sich dies bisher zur Hauptsache auf die Förderung und Weiterbildung von Mitarbeitern (seltener Mitarbeiterinnen), die bereits Kaderstellen innehaben. Dafür werden teilweise Summen aufgewendet, die kaum in einem vernünftigen Verhältnis zum erzielbaren Erfolg stehen. Was wir fordern, ist die Demokratisierung des ganzen Systems der beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung. Zu den Folgen jeder länger dauernden Wirtschaftskrise gehörte bisher auch die Entqualifizierung breiter Schichten von Arbeitenden. Wir möchten diesen Trend umkehren, so dass man später einmal sagen könnte, die Schweiz sei zwar von der Krise keineswegs verschont geblie-

Was wir fordern, ist die Demokratisierung des ganzen Systems der beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung.

ben, sie habe sie aber zur Hebung des Qualifikationsniveaus ihrer Arbeiter und Angestellten zu nutzen gewusst und habe damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem europäischen und dem Welt-Markt verbessert.

Last but not least: Wir erheben diese Forderung auch aus staapolitischen Gründen, weil wir nämlich verhindern wollen, dass «unsere» Unternehmen bei einem

Den Bedürfnissen der Frauen muss nun auch das Sozialrecht endlich Rechnung tragen.



Foto: Christa Petri

neuerlichen Wirtschaftsaufschwung qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte zu einem beträchtlichen Teil aus dem Ausland hereinholen müssen, da sie auf dem heimischen Arbeitsmarkt fehlen. Dies würde bestimmt zu sozialen Spannungen führen, deren in erster Linie politische, aber auch rein finanzielle Konsequenzen unter Umständen schwer wiegen könnten.

Andere von uns geforderte Massnahmen, wie z. B. der Abbau der Kontrolltätigkeit der Arbeitsämter zugunsten der Beratungs- und Vermittlungsfunktion können hier übergangen werden, da sie weitgehend kostenneutral oder zum mindesten wenig kostenträchtig sind. Eines unserer weiteren Hauptanliegen ist jedoch die Betreuung und Unterstützung der Ausgesteuerten. Soweit sie nicht (mehr) von der Qualifizierungsoffensive erfasst, oder zeitweilig durch besondere Arbeitsbeschaffungsmassnahmen «reaktiviert» werden können, handelt es sich für sie im wesentlichen um einen Kassenwechsel: Von der Sozialfürsorge, der das Stigma der «Endstation» anhaftet, zurück in die immerhin noch Hoffnung bietende Arbeitslosenversicherung. Doch um diesen Abschnitt abzuschliessen, noch eine grundsätzliche Bemerkung: Es gibt für eine Gesellschaft

letztlich nichts Kostspieligeres, als Massenarbeitslosigkeit und vor allem verbreitete Jugendarbeitslosigkeit; wir haben bis jetzt zum Glück fast nur ausländische Beispiele, um dies zu illustrieren – sorgen wir dafür, dass es dabei bleibt.

Wir leben in gesellschaftlichen Verhältnissen, die während langer Zeit ausschliesslich von Männern und mindestens vorwiegend in deren Interesse gestaltet wurden. Besonders auch auf dem Gebiete des Sozialrechtes, der Sozialversicherung wurden die Bedürfnisse der Frauen seit jeher straflich vernachlässigt. Es ist daher nur logisch, dass Forderungen auf diesem Gebiet sehr häufig von Frauen, von linken Frauen, von Gewerkschafterinnen erhoben werden. Übrigens nicht nur auf diesem Gebiet. Auch entwicklungs- und kulturpolitische Vorstösse gehen häufig von Frauen oder Frauenorganisationen aus.

Es sieht beinahe so aus, als ob wir Frauen alles auf einmal wollten und nicht nach den Kosten fragten, oder die Kostenfrage den Männern überliessen. Lassen wir das «Alles-auf-einmal» beiseite. Es zeigt nur auf, dass wir mit un-

Doch gestatten wir uns, dies nicht nur dann zu tun, wenn es um unsere Anliegen geht. Wir stellen sie auch in anderem Zusammenhang, etwa bei Vorhaben für den Ausbau der Infrastruktur – Strassen, Bahnen, Telekommunikation usw. –, beim Militär, beim Zivilschutz, Agrarsubventionen usw. Wir treten ein für ein globales Neu-Überdenken, für

Besonders auf dem Gebiet des Sozialrechtes, der Sozialversicherung wurden die Bedürfnisse der Frauen seit jeher straflich vernachlässigt.

Es gibt für eine Gesellschaft letztlich nichts Kostspieligeres, als Massenarbeitslosigkeit und vor allem verbreitete Jugendarbeitslosigkeit.

seren Forderungen im Verzug sind, und dass es schon aus diesem Grunde schwierig ist, angesicht der rostigen Rädchen unserer Gesetzgebungs-Maschinerie noch besondere Prioritäten zu setzen, was ja nichts anderes bedeutet, als einzelne Begehren für längere Zeit einzumotten. Aber die Kostenfrage stellen wir uns selbstverständlich auch.

eine gesamtheitliche Betrachtung der Staatsaufgaben und der dafür aufzubringenden Mittel und der Art, wie diese zu beschaffen sind. Dass wir dabei manche Prioritäten anders setzen als die männerlastige Rechte, dafür haben wir uns nicht zu entschuldigen.